

Von: Gerd Schubert <schubi.photo@unitybox.de>

Datum: 16. Mai 2014 11:36:52 MESZ

Betreff: B1- Initiative/ Zum Ratsentscheid 15.5.2014

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

an der gestrigen Ratssitzung habe ich teilgenommen. Beigefügter Pressebericht informiert über das Ergebnis.

Ergänzend habe ich noch folgende Informationen zum Verlauf der Abstimmung der Tagesordnung Punkt 3.14 " Zeitlich begrenztes LKW- Verbot für den Lkw-Durchgangsverkehr auf der B1 für die Dauer von 4 Jahren":

Herr Münch von der FBI sprach von der Brisanz des Themas und dem breiten Bürgerinteresse dazu. Er forderte eine Verlängerung der Redezeit von 2 Min. je Redner. Das wurde durch Abstimmung abgelehnt.

Herr Dingerdissen (FDP) stellte den Antrag, die Entscheidung bis nach der Sommerpause zurückzustellen und das Fahrverbot testweise auf nur 1 Jahr zu begrenzen. Es wäre nach einem Zeitraum von 4 Jahren schwierig dies wieder rückgängig zu machen.

Die Grünen Fraktion hatte 5 Redemeldungen und forderte die Weiterleitung der Verwaltungsvorlage zum Durchfahrtsverbot an die Bezirksregierung. Sie wies darauf hin, dass der Rat bereits 1991 entschieden hatte, einen Verkehrswegeplan für den LKW- Verkehr zu erstellen. Dieser Entscheidung wurde bis heute nicht umgesetzt! Die Grünen sind geschlossen für ein LKW- Verbot und verwiesen darauf, dass es den Bürgern an der B1 nicht zumutbar sei noch länger auf eine Entlastung zu warten. Das Thema Schadstoffe und EU Grenzwerte, sowie eine eventuelle Klage der EU gegen die Bundesrepublik wurde besprochen.

Es wurde darauf hingewiesen dass wir unsere Rechte immer nur durch ein Klageverfahren durchsetzen konnten und eine erneute Klage grossen Erfolg hätte. Der Meinung von Herrn Sierau, er hätte für ein Tempolimit und das Nachtfahrverbot gesorgt, ist widersprochen worden. Der Antrag wurde abgelehnt.

Herr Münch von der FBI stellte den Antrag unserem Antrag stattzugeben und ein Tempolimit von 100 Km/h auf den umliegenden Autobahnen zu beschliessen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Fraktion der Linken hat unsere Interessen sehr positiv dargestellt und forderte ein LKW - Durchfahrtsverbot auf der B1. Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Sprecher der SPD Fraktion Herr Harnisch erläuterte, dass die CDU Fraktion die Beteiligung der Stadtbezirke gefordert hat, da diese eine unzumutbare Belastung durch die Umlenkung der Verkehre hätten und diese sich gegen ein Durchfahrtsverbot ausgesprochen hätten. (Die Grüne Fraktion hatte sich vorher dazu geäußert, dass bewusst eine negative Darstellung geschürt wurde) Die SPD entscheide sich gegen ein Durchfahrtsverbot und könne sich im Augenblick nicht anders entscheiden, da die vorliegenden Daten von LANUV zur Schadstoffmessung nicht aktuell seien und die Auswirkung der Ausweichverkehre nicht im Augenblick beziffert werden können. Die Stadtverwaltung solle sich damit beschäftigen und aktuelle Daten vorlegen.

Herr Prüsse (SPD Fraktion) sagt: " Neue Daten sind nicht so schnell zu bekommen, das geht nicht von heute auf morgen und dauert seine Zeit " Die Bürgerinitiative soll ruhig klagen, das dauert 2-3 Jahre und bis dahin könnte man ja neue Daten liefern und es würde sich

dann eventuell erledigen. Die EU könnte ebenfalls gegen die Bundesregierung klagen, dem sehe man gelassen entgegen."

Herr Waßmann (CDU-Fraktion) äußerte sich zu den negativen Auswirkungen des LKW-Durchgangsverkehrs für eine Dauer von 4 Jahren. Bei dieser Regelung könnte eventuell - nach 4 Jahren - festgestellt werden, dass der Grenzwert nicht erreicht wird und aufgrund dessen sämtlicher LKW-Verkehr, auch der Lieferverkehr, verboten würde.

Herr OB Sierau stellte fest, dass über eine Weiterleitung der Vorlage der Stadtverwaltung erst nach der Abstimmung für das begrenzte LKW- Verbot entschieden werden kann. Er verwies auf den Faktor Zeit, den man bis zur Vorlage neuer Daten habe und darauf, dass er am Vortag bei einem Logistik- Unternehmen war, bei dem ein Elektro- Lastzug vorgestellt wurde. In der Zukunft werde eine Entlastung allgemein stattfinden. Die Abstimmung über die Weiterleitung der Empfehlung der Stadtverwaltung zum LKW- Fahrverbot wurde gestrichen. Das befristete Fahrverbot wurde abgelehnt und diese Angelegenheit ist auf den neuen Rat nach der Sommerpause verschoben worden.

Mit vielen Grüßen

Gerhard Schubert